

Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 5. Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum: 04.02.2024
Tagesordnungspunkt: 8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

1 **Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen** 2 **Ebenen**

3 Die Demokratie ist einer unserer wichtigsten, aber auch vulnerabelsten
4 Grundwerte. Vor mehr als 35 Jahren haben sich die Menschen im heutigen Thüringen
5 ihre Freiheit und die Demokratie hart erkämpft. Heute wiederum müssen wir sie so
6 leidenschaftlich und vehement verteidigen wie nie.

7 Ob unsere Demokratie stark ist, entscheidet sich aber nicht nur im Parlament.
8 Entscheidend ist auch, ob es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die sich
9 einbringt und für ihre Werte streitet. Es entscheidet sich im Sportverein, in
10 der Schulklasse oder am Abendbrottisch. Und es kommt darauf an, ob sich in
11 unserer Gesellschaft alle Menschen sicher und verstanden fühlen, ob sie
12 teilhaben können und akzeptiert werden. Wir wollen eine starke und lebendige
13 Demokratie, die nicht mit dem Gang zur Wahlurne endet. Wir möchten Bürger*innen
14 ermutigen und befähigen, sich einzubringen und für ihre Ideen zu kämpfen. Wir
15 wollen Bürger*innenbeteiligung einfach und unkompliziert machen. Und wir möchten
16 eine wehrhafte Demokratie durch eine selbstbewusste Zivilgesellschaft schaffen.
17 Dabei setzen wir auf eine bessere Absicherung zivilgesellschaftlicher
18 Demokratieprojekte und einen starken Fokus auf politische Bildung in Schule und
19 Erwachsenenbildung.

20 **Kernziele:**

- 21 • Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung weiter ausbauen,
22 Bürger*innenräte einsetzen
- 23 • Versammlungsrecht bürgerfreundlicher machen
- 24 • Thüringer Verfassung fit machen für 21. Jahrhundert
- 25 • Parlamentarische Arbeit transparenter gestalten

26 **Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung ausbauen**

27 Demokratie lebt von der politischen Teilhabe ihrer Bürger*innen. In den
28 vergangenen Legislaturperioden konnten wir durch einfache Beteiligungsformate
29 bereits mehr Bürger*innen mit einbeziehen. Politik soll alle Menschen erreichen
30 und das auch durch verständliche Informationen.

31 Wir wollen niederschwellige und zielgruppengerechte Kommunikation über
32 politische Prozesse auf allen politischen Ebene schaffen.

33 Neben niederschweligen Beteiligungsformaten, sollen auch gute Prozesse zur
34 Rückmeldung mit Ausweisung des Antwortfortschrittes an die Bürger*innen gegeben
35 sein. Wir wollen politische Abwägungen und Entscheidungen transparenter machen
36 und "Scheinbeteiligungen" abwenden. Unser Ziel ist die politische
37 Selbstwirksamkeit zu erhöhen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

38 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 39 • Stärkere politische Kommunikation vor Ort ("aufsuchende Politik")
- 40 • Bildungsprogramme zu politischen Prozessen aufbauen und stärken
- 41 • Unterstützung der kommunalen Ebene bei der Schaffung von mehr Transparenz
- 42 • Online-Portal und analoge Anlaufstellen für mögliche landespolitische
43 Fragen oder zu Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren
- 44 • Aufbau der Kompetenzen zu Bürger*innenbeteiligung in Ministerien und
45 Landesbehörden.
- 46 • Wichtige Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren durch umfassende,
47 institutionalisierte und obligatorische Beratungen mit den Bürger*innen
48 ergänzen
- 49 • Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten
- 50 • Bürgerräte auf verschiedenen politischen Ebenen gezielt einsetzen, um
51 konkrete politische Fragestellungen im Zusammenspiel mit Bürger*innen zu
52 beraten und zu und zu entscheiden sowie Entscheidungen für die
53 Öffentlichkeit bereitstellen
- 54 • Finanzvorbehalt bei Volksbegehren abschaffen und Quoren absenken

55 Versammlungsrecht liberalisieren

56 Die Bedeutung von Versammlungen als Ausdruck demokratischer Teilhabe und
57 gesellschaftlichen Engagements wird in unserer zunehmend vielfältigen Welt immer
58 deutlicher. Wir setzen uns gezielt mit den Herausforderungen und Chancen
59 auseinander, die im Zusammenhang mit Versammlungen entstehen. Auch setzen wir
60 uns dafür ein, dass Versammlungen human und angemessen von der Polizei begleitet
61 werden. Außerdem wollen wir die Versammlungsbehörden, also die kommunalen
62 Ordnungsämter stärken, damit das Recht auf Versammlungsfreiheit auch gut
63 begleitet und umgesetzt werden kann. Wir kämpfen für ein liberales
64 Versammlungsrecht.

65 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 66 • Berücksichtigung von zivilem Ungehorsam im Rahmen des Versammlungsrechts,
67 Regeln für friedliche Blockaden schaffen und Vermummungen zu
68 Ordnungswidrigkeiten abstufen
- 69 • Nutzung gezielterer und angemessenerer Einsatzmittel und Richtlinien für
70 die Kommunikation von Versammlungsbehörde und Polizei
- 71 • Verbindliche Regelungen für den Einsatz von Pfefferspray als Einsatzmittel
72 aufgrund des hohen Verletzungspotentials
- 73 • Stärkung, verbesserte Informationsanbindung und Weiterbildung von
74 Versammlungsbehörden für eine bessere Handlungsfähigkeit
- 75 • Taskforce Versammlungslagen des Thüringer Innenministerium personell
76 stärken
- 77 • Kommunikationsbeamt*innen bei jeder größeren Versammlung oder bei
78 Gefährdung, entsprechende Aus- und Fortbildungen für Beamt*innen
79 bereitstellen
- 80 • Liberalisierung des Versammlungsrechts mit eigenem Landesgesetz

81 Thüringer Verfassung modernisieren

82 Unsere Verfassung ist die wichtigste Grundlage für eine funktionierende und
83 gesunde Demokratie im Freistaat. Unser Ziel ist deshalb: Wir machen die
84 Thüringer Verfassung fit für das 21. Jahrhundert mit all seinen
85 Herausforderungen.

86 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 87 • Konsequentes Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität, aber auch
- 88 zu Ehrenamt und Digitalisierung als Staatsziele in der Verfassung
- 89 • Gesonderte Aufnahme von Kinderrechten in der Verfassung
- 90 • Ein Bekenntnis zum geeinten Europa in der Landesverfassung
- 91 • Die Umwandlung des Bürgerantrages zu einem Einwohnerantrag mit niedrigerem
- 92 Quorum, den auch Thüringer*innen ohne deutschen Pass ab 14 Jahren
- 93 unterschreiben dürfen
- 94 • Absenkung des Mindestwahlalters bei Kommunalwahlen auf 14, bei
- 95 Landtagswahlen auf 14 Jahre
- 96 • Automatische Versendung der Briefwahlunterlagen
- 97 • Klarstellung der Regelungen zur Anwendbarkeit der Vertrauensfrage sowie
- 98 der Ministerpräsident*innenwahl in der Landesverfassung
- 99 • Anpassung der Verfassung in geschlechtergerechter Sprache
- 100 • Prüfung einer Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsklausel in der
- 101 Verfassung

102 **Parlamentsrecht transparenter machen**

103 Öffentlichkeit und Transparenz sind zentrale Prinzipien der Demokratie. Deswegen
104 machen wir uns dafür stark, dass die parlamentarische Meinungsbildung und
105 Entscheidungsfindung, offen und nachvollziehbar und damit öffentlich zugänglich
106 stattfindet. Dies gilt nicht nur für Plenarsitzungen des Landtages, sondern auch
107 für die Ausschüsse, in denen inhaltliche „Feinarbeit“ geleistet wird. Seit
108 Jahren streiten wir BÜNDNISGRÜNE für mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und
109 Offenlegung politischer Interessenvertretung. In einem Lobbyregister wollen wir
110 nun nachvollziehbar machen, wer in welcher Weise und in wessen Auftrag auf die
111 von den Abgeordneten beschlossenen Inhalte Einfluss nimmt und welche
112 finanziellen Mittel gegebenenfalls für die Lobbytätigkeit aufgewendet werden.

113 Für uns steht die Unabhängigkeit des Mandats im Mittelpunkt des Handels von
114 Abgeordneten. Deswegen machen wir uns stark für eine Offenlegung der Einkünfte
115 von Parlamentarier*innen. Unsere BÜNDNISGRÜNEN Abgeordneten gehen hier mit gutem
116 Beispiel voran und machen seit 2009 öffentlich, was sie monatlich an Diäten und
117 möglichen Zusatzverdiensten erhalten, aber auch welche Mitgliedschaften und
118 welche zusätzlichen kommunalen oder ehrenamtlichen Ämter sie innehaben. Spenden
119 und geldwerte Vorteile von Lobbyist*innen für Abgeordnete und Fraktionen lehnen
120 wir genauso ab wie Lobbyismus ehemaliger Regierungsmitglieder und
121 Staatssekretär*innen.

122 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 123 • Öffentlichkeit der Fachausschüsse im Thüringer Landtag
- 124 • Verbindliches Lobbyregister als Ergänzung zum „legislativen“ Fußabdruck,
125 um Einflussnahme transparent zu machen
- 126 • Offenlegung der Einkünfte der Abgeordneten durch Änderung im Thüringer
127 Abgeordnetengesetz
- 128 • Sperrfrist von 3 Jahren für ausscheidende Minister*innen und
129 Staatssekretär*innen für Beschäftigung in Bereichen, in denen diese als
130 Regierungsmitglieder beschäftigt waren
- 131 • Verbot von Spenden und geldwerten Vorteilen von Lobbyist*innen für
132 Abgeordnete und Fraktionen